

Der unterzeichnende Bezirksrat der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2022 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage zum Informationsaustausch mit Pflichtschulen und Kindergärten im Bezirk

1. Wann hat die Frau Bezirksvorsteherin von den angeblichen Übergriffen im Kindergarten Waidhausenstraße erfahren? Welche Maßnahmen hat die Frau Bezirksvorsteherin getroffen, als sie von den angeblichen Übergriffen erfahren hat? Wann und wie wurde die Frau Bezirksvorsteherin offiziell von der MA10 als Aufsichtsbehörde des Kindergartens informiert und eingebunden?
2. Wie erfolgt der regelmäßige Informationsaustausch zwischen den Direktor/innen der Pflichtschulen bzw. den Leiter/innen der (städtischen) Kindergärten im Bezirk mit der Frau Bezirksvorsteherin? Gibt es regelmäßige Telefonate, Aussprachen, gegenseitige Besuche?
Wenn ja, warum sind die gegenständlichen Vorwürfe nicht früher besprochen worden? Wenn nein, warum gibt es solche regelmäßigen Info-Treffen nicht?
3. Wäre es nicht im Sinne einer aktiven Bezirksvertretung wünschenswert, dass es einen regelmäßigen Austausch zwischen der Bezirksvertretung und den durch das Bezirksbudget finanzierten Bildungseinrichtungen des Bezirks gäbe?
4. Glauben Sie als Bezirksvorsteherin, dass Sie durch einen besseren Infodfluss zwischen Bezirk und Kindergarten im gegenständlichen Fall zu einer besseren Kommunikation mit den betroffenen Eltern beitragen hätten können?

Begründung:

Bei den aktuellen Vorkommnissen hinsichtlich möglicher sexueller und/oder körperlicher Gewalt in einem städtischen Kindergarten in Penzing bestürzt neben den traurigen Fakten vor allem das Informationsverhalten der Behörden.

In diesem Zusammenhang stellen sich auch Fragen zum Informationsfluss innerhalb der Institutionen im Bezirk: Wie können wir zukünftig solche Kommunikationsdefizite im Sinne der Betroffenen verhindern? Welchen Beitrag können wir als Bezirk leisten?